

[Home](#) > [Hamburg & Region](#) > [Pinneberg](#)

[zurück zu Nachrichten Pinneberg](#)



Kreishaus: Politiker ersparen Investor Millioneninvestition bei Straßenausbau

## Erfolgreich gegen Pinneberg gepokert

Harte Worte im Stadtentwicklungsausschuss. Doch die Mehrheit will auf das Prestigeprojekt nicht verzichten.

Von Marion Girke

**Pinneberg** - Der orientalische Geschäftsmann Mashalla Rahimi hat gegen die Stadt Pinneberg erfolgreich gepokert: Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses segneten mehrheitlich Änderungen im Entwurf eines städtebaulichen Vertrages ab, mit dem Rahimi finanzielle Verpflichtungen in Höhe von rund einer Million Euro erspart werden.

Dabei geht es um einen Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur, mit der das seit vielen Jahren unbebaute Bahngrundstück in das Straßennetz integriert werden kann, wenn sich dort künftig die Kreisverwaltung befindet. Den Wettbewerb um das Projekt Kreisverwaltung hatte Rahimi als günstigster von drei Bietern gewonnen. Bei den Kosten für die Infrastruktur verkalkulierte er sich um eine Million Euro. Absicht oder Versehen? Pinneberg bleibt jedenfalls nur die Wahl, diesen Fehlbetrag selber aufzubringen oder das Scheitern der Baupläne für die Kreisverwaltung zu riskieren.

Als Gegenleistung erwartet die Stadt nun von dem Immobilien-Besitzer die Errichtung eines Gebäudes für die Kreisverwaltung auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs. Die Politiker ließen sich bei der Beschlussfassung von der Hoffnung leiten, das Prestigeprojekt Kreisverwaltung dauerhaft an Pinneberg binden zu können. Starke Worte fielen dennoch. "Auf das Wort von Rahimi kann man sich in keiner Weise verlassen. Nicht einmal dann, wenn zugesagte Leistungen schriftlich fixiert sind. Er versucht, uns zu erpressen, und dies kostet die Stadt und den Steuerzahler mindestens eine Million Euro", schimpfte der Sprecher der Bürgernahen, Uwe Lange. GAL/Unabhängige und Bürgernahe stimmten gegen die Vertragsänderungen.

Die SPD-Vertreter im Ausschuss versuchten, aus der Situation das Bestmögliche zu machen. Mit dem Zusatz, die städtische Subventionierung des Kreishausprojektes auf maximal eine Million Euro zu begrenzen, versuchten sie Schadensbegrenzung. Ausschussmitglied Reinhard Matthies empfahl, zwischen persönlichen Empfindungen und sachlichen Erwägungen strikt zu trennen. Diesem Vorschlag folgte der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Lorenz, als er sinnierte: "Pinneberg ohne Kreisverwaltung - das wäre ein Abstieg in die zweite Klasse."

Die Zeche für den Deal mit dem Investor zahlen nun allerdings alle Steuerzahler oder die Anlieger von Mühlenstraße und An der Mühlenau. Den Kreis interessiert der Streit um die Verteilung der Straßenausbaukosten vorerst wenig: "Für den Kreis soll der Investor ein Gebäude erstellen, die Regelung der Rahmenbedingungen ist Sache der Stadt", sagte der Sprecher der Kreisverwaltung, Andreas Köhler.

erschienen am 15. Januar 2009